

IN ZÜRICH GETROFFEN

Farid Abu Gosh – israelischer Palästinenser

Der Sozialpädagoge will, dass sich die Bevölkerung im Nahen Osten gleichberechtigt begegnen kann

Seit vielen Jahren schon reist Farid Abu Gosh regelmässig in die Schweiz, um von seiner Arbeit in Israel und im Westjordanland zu berichten – und um Unterstützung zu finden. Die treuesten Förderer und Freunde trifft er jeweils in Zürich.

Brigitte Hürlimann

Der Wind peitscht den Zürichsee auf, die Wolkengebilde vereinigen sich zu einem unruhigen Reigen, und sogar die stattlichen Bäume an der Seepromenade ächzen in der Brise. Eine unruhige Szenerie also an diesem frühen Frühlingsabend, doch Farid Abu Gosh lässt sich nicht beeindrucken, er, der schon ganz andere, von Menschen produzierte Stürme durchgemacht hat. Abu Gosh liebt es gar nicht, fotografiert zu werden, macht jedoch gute Miene zum bösen Spiel, ignoriert die Wetterkapriolen und sagt, wie wichtig es sei, dass er in der Schweiz sein könne, dass er mit der in Zürich ansässigen Hilfsorganisation Kariat Yearim auf die Unterstützung seiner treuesten und ältesten Freunde rechnen dürfe – und dies schon seit vier Jahrzehnten. Der 63-jährige israelische Palästinenser lächelt in die Kamera und ist froh, wenn das Posieren ein Ende hat und er sich wieder voll und ganz den Erzählungen über sein Lebenswerk widmen darf. Denn deshalb ist er ja in die Schweiz gereist, um zu berichten und um Spenden zu akquirieren, ohne die seine politisch und religiös unabhängige Nichtregierungsorganisation «Trust» nicht tätig sein könnte – oder zumindest nicht in diesem Ausmass.

Hartnäckig und konsequent

Der Sozialpädagoge ist im arabischen Dorf Abu Gosh, einen Katzensprung von Jerusalem entfernt, aufgewachsen und lebt heute noch dort. Farid Abu Gosh kam wenige Monate nach der Gründung des Staates Israel zur Welt, hat den Oktoberkrieg, die Invasion Libanons, den Golfkrieg und die verschiedenen Intifada-Wellen miterlebt. Sein Leben ist geprägt vom Konflikt zwischen Israeli und Palästinensern, von



Farid Abu Gosh trotz Stürmen jeglicher Art – auch am Zürichsee. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZ

der Intoleranz zwischen Juden und Muslimen. Der 63-jährige, charmant-charismatische Muslim hat Tod, Terror, Verzweiflung und Ungerechtigkeiten erlebt und hat in seinem beruflichen Werdegang immer wieder gegen Diskriminierungen und Vorurteile kämpfen müssen. All diese schlimmen Erfahrungen haben ihn jedoch nicht verbittert – im Gegenteil. Schon als junger Universitätsabgänger hat er den Weg einge-

schlagen, dem er heute noch folgt; im Zentrum seines Wirkens und Denkens steht der Dialog zwischen Israeli und Palästinensern. «Koexistenz», so Farid Abu Gosh, «ist erst möglich, wenn sich die beiden Bevölkerungsgruppen auf gleicher Augenhöhe begegnen können.» Das ist ein überaus ambitioniertes Ziel, und der israelische Palästinenser strebt es in kleinen Schritten, hartnäckig und konsequent an, indem er vor allem

Frauen und Kinder stärkt, sie zur Selbsthilfe und Selbstverantwortung aufmuntert – und dazu, ihre Rechte als gleichberechtigte Staatsbürger einzufordern.

Bei den Frauen ansetzen

Farid Abu Gosh's «Trust» ist in Israel und im Westjordanland tätig. Von den rund 125 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind nur gerade 25 sogenannte Professionelle; alle anderen wurden in Workshops zu Mentorinnen, Vermittlerinnen und Beraterinnen ausgebildet und wandern mit ihren neu erworbenen Erkenntnissen von Familie zu Familie, um dort mit Rat und Tat Mut zu machen. Die «Trust»-Mitarbeiter versammeln in den Dörfern oder in multiethnischen Städten Frauen zu Gesprächsrunden und reden im geschützten Rahmen über Familie und Ehe, Sexualität und Gesundheit, Erziehung und Frauenrechte. Abu Gosh hat Mütter-, Schwiegermütter- oder Grossmütter-Runden ins Leben gerufen, Kindergärten initiiert und wirft ein wachsames Auge auf die jungen palästinensischen Frauen, die er vor einer allzu frühen Eheschliessung oder einer allzu rigiden Abschottung durch die Familie bewahren möchte. «Wer eine Gesellschaft verändern will», so Abu Gosh, «muss bei den Frauen und Kindern ansetzen.»

Nicht für alle ein Paradies

Nach seinen anstrengenden Fundraising-Touren kehrt der 63-Jährige jeweils gerne wieder zurück in den Nahen Osten: zu seiner Frau, den vier Kindern und den Enkeln. Die Entwicklung in der Schweiz und in Zürich beobachtet er mit Interesse – und nicht etwa durch die rosa Brille. So hat er bei seinem jüngsten Aufenthalt eine Schule in Schwamendingen besucht und über die Vielzahl der dort vertretenen Nationen gestaunt. Im Gespräch mit den Müttern dieser internationalen Schülerschar hat er von dramatischen Fluchtgeschichten und schwierigen Existenzen in der neuen Heimat erfahren. Die Schweiz, so seine Quintessenz, ist zwar ein wunderbares und friedliches Fleckchen Erde, aber ein Paradies ist sie längst nicht für jeden, der hier über die Runden zu kommen versucht.

Ein wild Entschlossener

Keine stille Wahl in Adliswil

abt. · Eigentlich hat der 70-jährige Adliswiler Bernhard Grubenmann seine politische Karriere hinter sich. 1996 bekleidete er für die SP das höchste in der Stadt Adliswil zu erreichende Amt, das Gemeinderatspräsidium. Dann trat er nach 20 Jahren von der politischen Bühne ab und kehrte auch seiner Partei den Rücken. Dass er jetzt als wilder Stadtratskandidat ein Comeback vorhat, muss triftige Gründe haben: Er will verhindern, dass sich in einer stillen Wahl wiederholt, was im April zu den Rücktritten der beiden in der Baubranche tätigen Stadträte Didier Falbriard (cvp.) und Walter Müller (Freie Wähler) geführt hatte: Filzgeschichten.

Dass mit dem ehemaligen Gemeinderat Max Stenz (Freie Wähler), der neben dem jungen SVP-Präsidenten Renato Günthard antritt, wieder ein Vertreter der lokalen Baubranche kandidiert, stört Grubenmann besonders. Die Tricks und Machenschaften gewisser Lokalpolitiker, welche öffentliche Verantwortung und private Interessen nicht sauber auseinanderzuhalten pflegen, seien ihm vertraut, sagt Grubenmann. In Adliswil seien sie schon fast eine Spezialität; bereits früher hätten sie Stadträte den Kopf gekostet.

Der Adliswiler SP-Präsident und Gemeinderat Simon Jacoby zeigt sich überrascht von Grubenmanns Initiative zur Erzwingung eines Wahlkampfs. Die SP ist selber auf der Suche nach einer Kandidatin oder einem Kandidaten. Ihre Findungskommission geht zurzeit die Favoriten direkt an, wie Jacoby sagt. Für die Einhaltung der am Mittwoch ablaufenden Nominationsfrist reicht es allerdings nicht. Die SP muss die zehntägige Nachfrist beanspruchen. Dies wird sie laut Jacoby allerdings nur tun, wenn sie über eine Bewerberin oder einen Bewerber mit echten Wahlchancen verfügt. Andernfalls will sie eine Unterstützung Grubenmanns prüfen.

Frühförderung nach Zürcher Art

Strategie der Bildungsdirektion

abt. · Es gehört zu den unbestrittenen Erkenntnissen der Bildungsforschung, dass sich Investitionen in gute Angebote der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung auszahlen. Sie unterstützen spätere Lernprozesse und können helfen, möglichst vielen Kindern den Eintritt in Kindergarten und Schule zu erleichtern. Am meisten können Kinder aus benachteiligten Familien profitieren, die ohne Förderung bereits beim Schuleintritt andern Kindern hoffnungslos hinterherhinken.

Nachdem für die Regierung in der letzten Legislatur die Verbesserung des ausser-schulischen Betreuungsangebots für Kinder im Vorschulalter zentral war, ist die Frühförderung benachteiligter Kinder für die laufende Legislatur unter der Regierungsziele aufgerückt. In einer 28-seitigen «Strategie Frühe Förderung» hat die Bildungsdirektion jetzt ein directionsübergreifendes Arbeitsprogramm ausgearbeitet.

Im Zentrum steht die Absicht, einen Beitrag dazu zu leisten, dass jedes Kind einen guten Start ins Leben hat. Dafür sollen in erster Linie die Familien gestärkt werden. In zwei Richtungen zielt die Strategie: Einerseits sollen Förderangebote allen Vorschulkindern und deren Familien offenstehen, in der Mütter- und Väterberatung, in Krippen und Spielgruppen. Andererseits sollen Kinder aus fremdsprachigen und bildungsfernen Familien gezielt unterstützt werden, zum Beispiel durch Sprachförderung.

Die Aufgabe des Kantons ist unterstützender Natur. Bestehende Angebote unterschiedlicher Träger sollen koordiniert und weiterentwickelt werden. Ein Ausbau ist bei der vorschulischen Betreuung und der Sprachförderung (Programm Spielgruppe plus) beabsichtigt. Vor allem sollen die Angebote auf die Bedürfnisse der Familien ausgerichtet und leicht zugänglich sein.

SBB modernisieren Werk in Winterthur

flo. · Die SBB investieren in Oberwinterthur rund 20 Millionen Franken. Laut Mitteilung vom Dienstag werden in der Service-Anlage nördlich des Technomas die S-Bahn-Züge aller drei Generationen sowie Fahrzeuge der SBB-Tochter Thurbo gewartet. Vor kurzem sind in zwei bestehenden Hallen Gleise Dacharbeitsbühnen für die Pflege der neuen Doppelstockzüge fertiggestellt worden, nun folgen weitere Ausbauten. Dazu gehören Ersatzteil-Logistik und eine Einrichtung für den Wechsel von Drehgestellen. In der Anlage sind heute 170 Personen tätig, vor 20 Jahren waren es noch deren 80.

Schöner baden in Oberwinterthur

flo. · Mit der Sanierung des Schwimmbades Oberwinterthur hat die Eulachstadt das letzte ihrer Quartierbäder modernisiert. Die bewilligten Kredite von insgesamt 12 Millionen Franken wurden leicht unterschritten, dennoch ist die Ausstattung grosszügiger ausgefallen als ursprünglich vorgesehen. Teile der 54-jährigen Anlage können jetzt auch ausserhalb der Badesaison genutzt werden, ein mobiler Zaun trennt den Beckenbereich während der Wintermonate vom Beachvolleyball- und Mini-Pitchfeld ab.

«Ein starkes politisches Signal»

Der Zürcher Gemeinderat wehrt sich gegen die Senkung der Kapitalsteuer

Der Zürcher Gemeinderat hat den Nachvollzug der Unternehmenssteuerreform II an die Urne gebracht. Nach Ansicht der Ratsmehrheit belastet die Senkung der Kapitalsteuer Zürichs Finanzhaushalt zu stark.

Thomas Ribi

Im September 2010 ergriff der Zürcher Gemeinderat gegen die vom Kantonsrat beschlossene Änderung des Steuergesetzes das Gemeinderreferendum. Grund dafür war die Senkung der Kapitalsteuer

STEUERGESETZÄNDERUNG

Kantonale Volksabstimmung vom 17. Juni

für Firmen, die das Kantonsparlament mit dem Nachvollzug der Unternehmenssteuerreform II des Bundes verband. Das war eine Premiere: Erst mit der seit 2005 geltenden Kantonsverfassung haben die Städte Zürich und Winterthur das Recht, allein eine Vorlage an die Urne zu bringen. Der Entscheid fiel mit 62 zu 59 Stimmen knapp aus, doch das Zeichen war deutlich. Am 17. Juni kommt die Vorlage nun an die Urne. Das Referendum sei mit Bedacht angewendet worden, sagte der 1. Vizepräsi-

dent des Gemeinderats, der Grüne Martin Abele, am Dienstag vor den Medien. Und zwar weil die Stadt Zürich durch die Senkung der Unternehmenssteuern massive Ertragsausfälle hinzunehmen habe: «Das wollen wir nicht zulassen.»

Zürich am stärksten betroffen

Fast die Hälfte der juristischen Personen im Kanton zahlen ihre Steuern in Zürich, so Abele. Drei Viertel der im Kanton bezahlten Kapitalsteuern entfallen auf die Stadt. Die Senkung würde Zürich deshalb stärker treffen als andere Gemeinden. Laut AL-Gemeinderat Niklaus Scherr wäre jährlich mit Ausfällen von 45 bis 50 Millionen Franken zu rechnen. Die Schätzung geht davon aus, dass rund 6800 der 36 000 in Zürich domizilierten Firmen Kapitalsteuern zahlen. 2007 beliefen sich deren Steuererträge auf 51 Millionen Franken.

Künftig, so Scherr, könnten Unternehmen dies durch die Anrechnung der Gewinnsteuer fast ganz kompensieren. Angesichts dessen sei es legitim, dass sich der Gemeinderat für Zürichs Interessen wehre und ein «starkes politisches Signal» setze, sagte Dorothea Frei (sp.), die 2. Vizepräsidentin des Rats. Dass es der Kantonsrat nicht bei den unbestrittenen Anpassungen ans Bundesrecht belasse, sondern die Kapitalsteuer «faktisch abschaffen» wolle, würde Zürichs Finanzhaushalt stark beeinträchtigen.

Die Kapitalsteuer werde zwar formell nur gesenkt, faktisch aber werde sie fast abgeschafft, sagt Niklaus Scherr. Denn die Grenze, ab der die Gewinnsteuer angerechnet werden könne, liege sehr tief. Sobald der steuerbare Ertrag einer Firma 0,94 Prozent des Kapitals erreiche, falle die Kapitalsteuer weg. Eine Firma mit einem Kapital von 1 Million Franken, so Scherr, müsste bei einem Gewinn von etwas mehr als 9000 Franken bereits keine Kapitalsteuer mehr bezahlen, weil die Gewinnsteuer gleich hoch ausfalle wie die geschuldete Kapitalsteuer – nämlich 750 Franken.

«Richtige Firmen bleiben»

Die Entlastung nützt laut Scherr zudem nicht den KMU, sondern vor allem den Grossfirmen. Denn einerseits erzielten zwei Drittel der Zürcher Unternehmen, darunter viele KMU, keinen steuerbaren Gewinn. Andererseits versteuerten sechs von sieben Firmen ein Kapital von weniger als 1 Million Franken. Die Belastung durch die Kapitalsteuer sei zudem vernachlässigbar. Bei einem Kapital von 100 000 Franken fielen 164 Franken Steuern an. Ein Standortnachteil sei das nicht. «Nur Briefkastenfirmen ziehen deswegen in den Kanton Schwyz oder Zug», sagt Scherr. «Richtige Firmen mit Infrastruktur und Angestellten bleiben in Zürich.» Und auf die komme es an.